

## Leck bei Shell-Raffinerie

**Köln** (Inw). In der Shell-Raffinerie in Köln-Godorf sind nach Unternehmensangaben bis zu 390 Tonnen Öl aus einer Leitung ins Erdreich und ins Grundwasser gesickert. Ursache ist ein 1,5 Millimeter großes Leck in einer Leitung auf dem Raffineriegelände, wie das Unternehmen mitteilte. Das Leck war im April entdeckt worden, nachdem eine Messstelle auf dem Grundwasser schwimmendes Öl angezeigt hatte. Direkt nach Feststellung des Schadens sei der Grundwasserspiegel an zwei Stellen mit Pumpen abgesenkt worden, hieß es. Dadurch habe sich das Öl in einem Trichter gesammelt und werde jetzt abgepumpt. Die Bezirksregierung Köln habe ein Sanierungskonzept verfügt. In dem Rahmen müsse das Unternehmen der Behörde über die laufenden Maßnahmen berichten. Das ausgetretene leichte Gasöl sei vergleichsweise dickflüssig und bewege sich dementsprechend langsam durchs Erdreich. Darum habe es vergleichsweise lange gedauert, bis es an einer Grundwassermessstelle angekommen sei, sagte ein Unternehmenssprecher.

Leichtes Gasöl fällt bei der Verarbeitung von Rohöl an und wird für die Herstellung von Diesel oder leichtem Heizöl verwendet. Die Leitung mit dem winzigen Leck verläuft größtenteils überirdisch und nur im Bereich der Schadstelle unterirdisch. Es sei davon auszugehen, dass das Mantelrohr bei Straßenbauarbeiten beschädigt wurde und die Leitung selbst infolge dessen korrodierte. Dadurch sei wohl das Loch entstanden.



Heinrich Sperling, Geschäftsführer der Landesgartenschau, zieht eine positive Zwischenbilanz und hofft auf die kommenden Wochen, um das Ziel zu erreichen. Foto: Fabian Strauch/dpa

## Mut der Macher wird belohnt

Landesgartenschau in Kamp-Lintfort freut sich über Besucher

### Kölner Brauhaus unterliegt

**Köln/Münster** (dpa). Die aktuellen Corona-Regeln für die Gastronomie sind rechtens. Das entschied das Oberverwaltungsgericht in Münster in einem Eilverfahren. Ein traditionelles Brauhaus aus Köln hatte sich gegen die Vorgaben der Landesregierung gewandt. Es bietet seinen Gästen üblicherweise zahlreiche Plätze an vielen Stehtischen und in einem nicht zu lüftenden Kellergeschoss an. Die in der Corona-Schutzverordnung geregelten Mindestabstände zwischen Tischen und Theke, die Sitzplatzpflicht und die Beschränkung auf Gruppen mit maximal zehn Personen sei nicht zu beanstanden, um einer erhöhten Infektionsgefahr vorzubeugen, entschieden die obersten Verwaltungsrichter in Nordrhein-Westfalen.

Diese Vorgabe sei Teil eines Gesamtkonzeptes der Politik, um soziale und persönliche Kontakte zu beschränken, hieß es in der Begründung der Eilentscheidung, die nicht angefochten werden kann (Az.: 13 B 886/20.NE).

**Kamp-Lintfort** (WB). Noch ist es einsam hoch oben auf dem Förderturm. Die Kassen der Landesgartenschau in Kamp-Lintfort haben gerade aufgemacht. Von der Aussichtsplattform des eleganten Beton-Förderturms der früheren Steinkohlezeche kann man beobachten, wie sich die Schlangen an den Kassen bilden – aber immer mit Corona-Abstand. Es ist einer dieser Schönwetter-Tage, die genau richtig sind für den Besuch der Landesgartenschau.

Wenn es in den nächsten Monaten sehr gut läuft, dann könnte die Laga trotz der Corona-Krise bis Oktober doch noch die ursprüngliche Zielmarke von 560 000 Besuchern erreichen – jetzt zur Halbzeit sind es fast 200 000. Für Geschäftsführer Heinrich Sperling wäre das ein „starker Erfolg“, wie er sagt. Kamp-Lintfort ist die zehnte Landesgartenschau in NRW, die er als Geschäftsführer betreut. Und nicht nur wegen des Virus dürfte es auch die ungewöhnlichste sein.

Nach der Schließung der Zeche Friedrich-Heinrich 2012 hatten

Stadt und Immobilienvermarkter des Zechenbetreibers RAG richtig Gas gegeben: Ziel war die Landesgartenschau 2020 als Katalysator für den Strukturwandel. Alles lief parallel: Die ersten Bäume wurden

**»Wir hätten sehr viel Geld investieren müssen, um das hier zu konservieren. Das wäre teuer geworden.«**

Andreas Iland, Wirtschaftsförderer der Stadt Kamp-Lintfort

schon während der Abbrucharbeiten gepflanzt, ein Park modelliert, Platten verlegt, saniert, vermarktet. Alles lief gut. Bis das Coronavirus kam. Es drohte die Vollbremsung. Wie in Baden-Württemberg: „Die Landesgartenschau Überlingen wird wegen der Corona-Pandemie auf nächstes Jahr verschoben und findet vom 9. April bis 17. Oktober 2021 statt“, heißt es dort. Ingolstadt in Bayern verschob

ebenfalls. Allein Kamp-Lintfort hielt daran fest.

„Wir hätten sehr viel Geld investieren müssen, um das hier zu konservieren“, nennt Andreas Iland einen entscheidenden Grund dafür. Als Wirtschaftsförderer hat er das Projekt von Anfang an mit nach vorne getrieben und gehört jetzt zur Geschäftsführung der Landesgartenschau. Außerdem ausschlaggebend: Noch während der Schau will die Stadt die rechtliche Grundlage schaffen für den Bau der ersten von 800 neuen Wohneinheiten auf dem Areal.

Von dem 66 Meter hohen Förderturm geht es mit dem Aufzug wieder nach unten. Natürlich mit Mund- und Nasenschutz. Unten warten Menschen in einer Schlange, damit sie hochdürfen. Die Zahl ist begrenzt, genauso wie die der Besucher, die gemeinsam in der Blumenhalle die Rosenschau sehen dürfen. Am Eingang sitzt ein Mann und zählt.

Sperling schaut auf eine App: Über 1000 Besucher sind mittler-

weile auf dem Gelände. Sie flanieren durch kleine Gärten, bestaunen die Rabatte mit der kunstvoll gestalteten Komposition aus Lilien, Veronika, Eisenkraut, Schafgarbe, Tausendschön und anderen Schönheiten. Manche Besucher entspannen in einem der Liegestühle in dem Park.

Das Gelände ist so weitläufig, dass es nicht so schnell zum Gedränge kommt. Das sei ein schlagendes Argument gewesen, warum die Schau in NRW stattfinden konnte, sagt Andreas Iland. Die Macher glaubten an den Erfolg, trotz Corona. In den ersten vier Wochen kamen schon 100 000 Besucher.

Mit einer kleinen Enttäuschung schauen die Veranstalter allerdings auf die Busparkplätze. Ein einziger Bus steht an dem Morgen da. Busreisen sind inzwischen zwar wieder möglich. Aber offensichtlich wollen die Leute das nicht. Die meisten reisen in Eigeninitiative an. Was die Macher aber freut: Es kommen viele junge Leute, auch mit ihren Familien.

## Wirbel um Video mit Farid Bang

**Düsseldorf** (Inw). Trotz massiver Kritik hat Düsseldorfs Oberbürgermeister Thomas Geisel (SPD) ein Video des umstrittenen Rappers Farid Bang veröffentlicht. Geisel hatte die Veröffentlichung eines gemeinsamen Videos mit dem wegen frauenfeindlicher und antisemitischer Texte kritisierten Düsseldorfer Rapper. Darauf verzichtete Geisel, der bei den NRW-Kommunalwahlen am 13. September um die Wiederwahl kämpft, allerdings.

Er wisse, dass Farid Bang eine „ausgesprochen kontroverse Figur“ sei, sagte Geisel am Mittwoch in Düsseldorf. „Ich halte manches, was er gemacht hat, für widerwärtig.“ Der Musiker habe aber seine früheren Texte bereut. Die Video-Kampagne wurde von Politikern und der jüdischen Gemeinde kritisiert.

Mit dem Farid-Bang-Video wolle die Landeshauptstadt eine Zielgruppe erreichen, die für andere Vertreter der Stadt nicht zugänglich sei, sagte Geisel. Konkret gehe es um junge Menschen, die nachts in der Altstadt am beliebten Rheinufer die Corona-Regeln nicht einhielten, viel Alkohol tranken, Anweisungen der Ordnungsdienste nicht befolgten, in Posa-Szenen die Automotoren aufheulen ließen und sogar ihre Notdurft auf der Straße verrichteten.

Überwiegend prägten dieses Bild junge Männer und unter ihnen vor allem Männer mit Migrationshintergrund, sagte Geisel. Es bestehe die Gefahr, dass sich eine Parallelgesellschaft entwickle.

In dem Video wirbt Farid Bang für Respekt vor dem Ordnungsdienst und für die Einhaltung der Abstandsregeln. „Benehmt Euch, hört auf, Unfug zu machen, sonst ziehe ich Euch die Ohren lang“, sagt der 34-Jährige darin. Er hatte im Frühjahr auch 4400 Mund-Nasen-Masken für die Düsseldorfer Feuerwehr gespendet. Erst am vergangenen Wochenende hatte es Flaschenwürfe gegen Polizisten und Spuckattacken auf Mitarbeiter des Ordnungsamts gegeben.



Thomas Geisel

## AUS BRIEFEN AN DIE REDAKTION

### Reformen nötig

Zum EU-Gipfel und dem beschlossenen Wiederaufbaufonds, der insbesondere auch Staaten wie Italien helfen soll:

Italien ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone und lebt seit vielen Jahren über seine Verhältnisse. Das Ergebnis ist, dass Italien mehr als zwei Billionen Euro Schulden drücken, mit steigender Tendenz. Dass dort rasch Reformen nötig sind, an die die Auszahlung der Corona-Hilfen gekoppelt sein sollen, wollte Italiens Premier Giuseppe Conte verhindern.

Die Italiener haben ein privates Vermögen, das deutlich über dem der Deutschen liegt. Das „reiche Deutschland“ gibt es ebenso wenig wie das Märchen „von den klammen Krisenstaaten“. Beim finanziellen Wohlstand rangiert Deutschland gerade einmal im Mittelfeld, deutlich hinter Italien. Italien besitzt nach den USA, Deutschland und dem Internatio-

nalem Währungsfonds die viertgrößten Goldvorräte mit 2451 Tonnen Gold. Das entspricht derzeit einem Marktwert von mehr als 120 Milliarden Euro. Warum trennt sich Italien nicht von einem Teil dieses Goldschatzes, um so seine finanziellen Probleme teilweise zu lösen? Nein, man drängt auf nicht zurückzahlbare Zuschüsse, die alle europäischen Staaten aus Steuermitteln finanzieren müssen.

KARL-JOSEF HAMBROCK  
33129 Delbrück

### Misstände benennen

Zu „Die Union ist biegsam“ vom 18./19. Juli: Mit Interesse habe ich das Interview mit dem Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck in Ihrer Zeitung gelesen. Erschrocken war ich über die Fragestellung zu den Vorfällen in Stuttgart. Dort wird doch wirklich erneut von einer „jungen Partyszene“ gesprochen. Als mündiger Bürger, der mit Er-



Schicken Sie Leserbriefe bitte an die Adresse:

**Westfalen-Blatt, Sudbrackstraße 14 - 18, 33611 Bielefeld**  
**E-Mail: wb@westfalen-blatt.de**

(Die E-Mail muss Ihren Namen und die vollständige Anschrift enthalten)

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar; sie werden aus Zuschriften, die an das WESTFALEN-BLATT gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihres Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

schrecken die Vorgänge in den vergangenen Jahren beobachtet, bin ich bis aufs Tiefste empört. Es gibt eindeutiges Videomaterial, das belegt, dass es sich eben nicht um das oben genannte Klientel handelt. Bis vor einigen Jahren hatte ich großen Respekt vor dem Berufsstand des Journalisten. Leider schwindet dieser Respekt täglich. Ich bin mit dem Wissen groß geworden, dass Sie die sogenannte vierte Macht im Staat sind.

Dass Journalisten mit investigativer Arbeit die Verfehlungen und Misstände der drei anderen Mächte (Exekutive, Legislative und Judikative) aufdecken und öffentlich machen. Mit dem seit Jahren verstärkt eingeführten Missbrauch unserer Sprache und der Verwendung unzähliger Euphemismen kommen die Journalisten aber dieser Aufgabe in keinsten Weise mehr nach. Vielmehr machen Sie sich gemein beim Umbau dieser Gesellschaft zu einem totalitären Staat. Ich möchte daher an dieser Stelle

nochmals an alle Journalisten persönlich, an ihre Berufsehre und ihre Liebe zur Demokratie appellieren, Misstände beim Namen zu nennen, denn nur so geraten sie in den Fokus der Öffentlichkeit und können behoben werden.

FRANK HOFFMANN  
33758 Schloß Holte-Stukenbrock

### Seenotrettung missbraucht

Zum Kommentar „Europa ist jetzt gefordert“ von Holger Möhle vom 8. Juli:

Die höchste Pflicht eines Arztes besteht darin, Leben zu verlängern. Inzwischen ist aber durch die Fortschritte in der Medizin ein Zustand eingetreten, wo das unbedingte moralische Gebot hinterfragt werden muss. Viele Bürger haben eine Patientenverfügung unterschrieben, durch die dem unbedingten Gebot zur Lebensverlängerung widersprochen wird.

So sehe ich auch das Gebot der Seenotrettung. Niemand konnte

sich vorstellen, dass das unbedingte Gebot zur Seenotrettung millionenfach als Erpressungsinstrument so missbraucht werden könnte, wie es heute geschieht. Deswegen müssen wir unsere Moralvorstellungen so an die neue Realität anpassen, wie wir es mit dem ärztlichen Lebensverlängerungsgebot auch tun mussten.

Wer sich bewusst in Seenot begibt, der weiß genau, was er da tut. Unsere überlieferten Moralvorstellungen passen da nicht mehr. Der Kommentator macht es sich zu einfach mit seinem dumpfen Dogmatismus. Politische Selbstdenker werden ihm da nicht folgen können. Die dogmatische Unbeweglichkeit vieler Medien und Parteien macht unser Land unfähig, auf neue Herausforderungen adäquat zu reagieren.

Unser Land nimmt Schaden durch diese Unfähigkeit.

DIPL. ING. Hermann Köhlhage  
33102 Paderborn